



Newsletter *Bildung, Kinder und Jugend*, Ausgabe 359, 26.08.2010

Ganzttagsschulentwicklung - Debatte im Landtag

Freiwilliges Soziales Jahr Politik wird eingeführt

Tipps und Links aus dem Internet

Ganzttagsschulentwicklung - Debatte im Landtag

In Bremen hat sich viel Positives durch das damalige Bundesprogramm zur Einrichtung von Ganztagschulen getan. Bremen hat rund 28 Millionen Euro Bundesmittel gut nutzen können. Seit 2006 gilt ein unsinniges Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in Bildungs- und Wissenschaftsangelegenheiten. Dabei braucht Bildung das Miteinander von Bund und Ländern, auch um das soziale Auseinanderdriften zu verhindern. Mittlerweile erkennen auch andere diesen gesetzlichen Webfehler. Die Grünen wollen deshalb das Kooperationsverbot kippen.

42 Ganztagschulen in Bremen und 11 Ganztagschulen in Bremerhaven wachsen mittlerweile. Nachholbedarf sehen die Grünen bei Grundschulen und bei den Gymnasien. Auch Stadtteile ohne Ganztagschulen sollten in die Entwicklung einbezogen werden. So fehlen in den Bereichen Woltmershausen, Horn-Lehe, Borgfeld und Schwachhausen im Grundschulbereich weitere Angebote.

Die Debatte bot auch Gelegenheit um über die Verantwortung der Schulvereine zu sprechen. Ein Thema, dass nach unserer Einschätzung auf der Tagesordnung bleiben wird. Eine einst von der großen Koalition gegründete und rasch gestoppte Bildungsinfrastruktur-GmbH war auch keine Lösung. Einigkeit herrschte bei der Frage, dass es gilt schrittweise die Rahmenbedingungen zu verbessern, um die pädagogische Qualität zu steigern.

Diese Debatte wurde am Dienstag in der Bürgerschaft unter mehreren Gesichtspunkten geführt. Aus grüner Sicht sollten Ganztagschulen möglichst verbindlich sein, um alle Kinder und Jugendliche einbeziehen zu können.

Einen weiteren guten Ansatz bieten Ganztagschulen für die Gestaltung eines offenen Anfangs insbesondere an den Oberschulen und Gymnasien. Ein späterer Unterrichtsbeginn um 8.30 Uhr, so wie seit sechs Jahren an der Oberschule In den Sandwehen zu großer Zufriedenheit aller praktiziert, hat viele Vorteile.

Freiwilliges Soziales Jahr Politik wird eingeführt

Die Grünen hatten gemeinsam mit der SPD einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, mit dem erreicht werden sollte, dass es auch die Möglichkeit in Bremen gibt, das Freiwillige Soziale Jahr auch im Bereich Politik ableisten zu können. Der Senat hat nun die Möglichkeit geschaffen, dass dies bei Vorliegen eines tragfähigen Konzeptes eines FSJ-Trägers modellhaft für die Dauer von drei Jahren eingeführt wird. Mustafa Öztürk als kinder- und jugendpolitischer Sprecher der grünen Fraktion ist erfreut: "Es ist gut, wenn die Möglichkeit geschaffen wird, dass Jugendliche frühzeitig auch im Bereich Politik Erfahrungen sammeln können. Das stärkt die Demokratie und öffnet möglicherweise neue Berufsperspektiven für die Jugendlichen."

Die Antwort des Senats finden Sie hier:

http://www.buergerschaft-bremen.de/drs_abo/Drs-17-1386_5af.pdf

Tipps und Links aus dem Internet

"Pfeiffer mit 3 f! - Die Bremer BildungsMatinee"

Am Sonntag, den 12. September, findet um 11.00 Uhr der vierte Familien-Sonntagsbrunch "Pfeiffer mit 3 f !" in der Bremer Jugendherberge statt. Um Anmeldung wird gebeten. Die Einladung hierzu finden Sie in der Anlage zu diesem Newsletter.

Kinospots zu "Eine Schule für Alle"

Drei Kinospots zum Thema "Eine Schule für Alle", die wirklich Spaß machen, können im Internet angeschaut werden. Der "Schulchor", der "Vertretungslehrer" und die "Superhelden" sind vom mittendrin e.V. Köln in Zusammenarbeit mit der Kunsthochschule für Medien produziert worden.

Sie finden Sie unter

<http://www.eine-schule-fuer-alle.info/politik/koeln/kinospots/>

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin
anja.stahmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-234)



Mustafa Öztürk, kinder- und jugendpolitischer Sprecher
mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-249)



Dr. Tobias Erzmänn, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend
tobias.erzmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-251)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von
Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.